

SPD-Entwicklungspolitik

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,

der Newsletter Nr. 19 der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AGwZ) der SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt sich mit

- dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Einzelplan 23) und
- berichtet über die Sklavenarbeit in Brasilien und die Kampagne der brasilianischen Regierung gegen Zwangsarbeit.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein schönes Osterfest.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Sascha Raabe, MdB, Sprecher



Aus dem AWZ

Der Deutsche Bundestag debattierte Ende März/Anfang April in 1. Lesung den Haushaltsentwurf 2006. Über die Position der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ) stellt die haushaltspolitische Berichterstatterin der AGwZ, Dr. Bärbel Kofler, dar:

Der Haushaltsentwurf des BMZ für 2006 zeigt, dass Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit auch in diesem Jahr gerecht wird. Durch eine Aufstockung des Bundeshaushalts um insgesamt 300 Millionen Euro für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist gewährleistet, dass auch im Jahr

2006 die Ziele des EU-Stufenplans erreicht werden. Bereits im Haushaltsjahr 2005 war es gelungen, die ODA-Quote auf 0,35% zu steigern.

Die ODA-Quote setzt sich insbesondere aus dem Etat des Entwicklungsministeriums (Einzelplan 23), aber auch aus den entwicklungspolitisch relevanten Leistungen anderer Ressorts (z. B. Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes), der Bundesländer und der fortgesetzten Entschuldung für Entwicklungsländer zusammen. Der diesjährige Haushalt entspricht unserem erklärten Ziel, die international vereinbarten Millennium Development Goals und den dadurch motivierten nationalen Aktionsplan 2015 zur Armutsbekämpfung umzusetzen. Der Stufenplan der Europäischen Union sieht aber weiter vor, eine ODA-Quote von 0,51% bis zum Jahr 2010 und schließlich 0,7 % bis 2015 zu erreichen. Um diese Ziele umsetzen zu können, wird es in den nächsten Jahren auf einen Dreiklang der Finanzierungsmöglichkeiten ankommen: Zum einen auf die Aufstockung des Etats des BMZ, zum anderen auf Entschuldungsinitiativen, die im Sinne der Beschlüsse des G8-Gipfels von Gleneagles sind. Ein drittes Element werden innovative Finanzierungsinstrumente sein müssen.

Für die Zukunft muss daher das Thema der innovativen Finanzierungsinstrumente angegangen werden. Die Ideen zur innovativen Entwicklungsfinanzierung sind zahlreich und reichen von global erhobenen Abgaben und Steuern, wie beispielsweise einer CO₂-Steuer, einer Kerosinsteuer, einer Devisentransaktionssteuer oder einer Flugticketabgabe bis hin zur Verbriefung von zukünftigen ODA-Zusagen, die als Anleihen auf den Kapitalmarkt gebracht werden können. Ich favorisiere dabei die Entwicklungsabgabe auf Flugtickets, wie sie beispielsweise von Frankreich Mitte dieses Jahres eingeführt werden soll.

Es ist zu früh, um sich abschließend auf nur ein Instrument der innovativen Entwicklungsfinanzierung festzulegen. Vielmehr werden wir die Vor- und Nachteile der verschiedenen Instrumentarien sorgfältig prüfen. Dabei

müssen wir auch immer den Dialog mit den anderen 38 Staaten der „Leading Group on Solidarity Levies“, zu diesem Thema im Auge behalten. Die Leading Group ist ein Gremium, das sich auf der Pariser Konferenz zur innovativen Entwicklungsfinanzierung im März dieses Jahres gebildet hat. Nachhaltige innovative Entwicklungsfinanzierung kann nur gelingen, wenn die einzelnen Instrumente Bestandteil eines internationalen Gesamtkonzepts sind.

Bei der Betrachtung des diesjährigen Bundeshaushalts gilt es nicht nur die ODA-Quote zu erfüllen, sondern es muss auch die Frage nach der Verwendung der Mittel immer wieder neu gestellt werden. Der diesjährige Bundeshaushalt sieht eine Aufstockung insbesondere im Bereich der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit vor.

Insbesondere der Europäische Entwicklungsfonds ist mit den finanziellen Mitteln ausgestattet worden, zu denen sich unsere Regierung verpflichtet hat. Diese Mittel kommen zu 90% unserem Nachbarkontinent Afrika zugute.

Eine moderne Entwicklungspolitik darf die multilaterale Ebene nicht vernachlässigen, denn nur gemeinsam mit anderen Akteuren in internationalen und multilateralen Institutionen wie der Weltbank und der UNO kann globalen Problemen komplex begegnet werden. Wünschenswert wäre für die Zukunft aber auch, dass wir uns nicht nur finanziell an diesen Institutionen beteiligen, sondern auch personell verstärkt unseren Beitrag leisten. Grundsätzlich bleibt aber im Bereich der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit noch Raum für eine verbesserte Abstimmung mit anderen nationalen und internationalen Gebern und ein erhöhtes Maß an Transparenz.

Bei allem Engagement auf der multinationalen Ebene muss auch die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit weiter gefördert werden. Für den Bundeshaushalt 2007 ist daher eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen für die Finanzielle und Tech-

nische Zusammenarbeit unumgänglich. (bk)

Sklavenarbeit in Brasilien und die Kampagne der brasilianischen Regierung gegen Zwangsarbeit

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) müssen heute weltweit etwa 12,3 Millionen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten, ein großer Teil davon sind Kinder. Die am weitesten verbreitete Form der Sklaverei ist die Schuldknechtschaft. Sie kommt besonders in der Landwirtschaft vor. Aber auch andere Wirtschaftsbereiche profitieren überdurchschnittlich von der Ausbeutung der Arbeitskraft: Insbesondere in der Gastronomie, der Textilindustrie, der Stahlproduktion, dem Bergbau und bei der (Zwangs-)Prostitution werden Menschen wirtschaftlich oder sexuell ausgebeutet. Asien ist mit fast 10 Millionen Opfern von Zwangsarbeit regionaler Schwerpunkt, aber auch in den traditionellen Zielregionen des kolonialen Sklavenhandels Südamerikas sind sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse immer noch aktuell.

Die Sklaverei ist offiziell abgeschafft und sollte somit ein Relikt der Vergangenheit sein und trotzdem gibt es heute weltweit mehr Sklaven, als während des transatlantischen kolonialen Sklavenhandels mit Afrika. Der Unterschied zwischen der vorindustriellen Sklaverei und der heutigen Zwangsarbeit ist das Fehlen der staatlichen Legalität. Zwangsarbeit stellt heutzutage ein Strafdelikt dar, ist aber trotzdem in vielen Regionen der Welt von der staatlichen Exekutive nicht zu verhindern.

Eine ermutigende Initiative ist der Kampf der brasilianischen Regierung gegen moderne Formen der Zwangsarbeit im eigenen Land. Denn Zwangsarbeit ist eine Facette der brasilianischen Gesellschaft. Die Schätzungen über die Zahl der Menschen, die in Brasilien unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten, schwanken zwischen 25.000 und 200.000. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Landwirtschaft, besonders im Norden und Nordosten des Landes, häufig in Verbindung mit Schuldknechtschaft. Arbeitgeber ziehen den Zwangsar-